

EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

EP-PLENUM VOM 12. - 15.09.2011 IN STRASSBURG: WESENTLICHE ERGEBNISSE

SCHWERPUNKTTHEMA: „WIRTSCHAFTSKRISE UND EURO“

Der polnische Finanzminister *Vincent-Rostowski* zeichnete als Vertreter der Ratspräsidentschaft ein dramatisches Bild der Lage Europas und vertrat die Auffassung, die Europäische Zentralbank (EZB), vor allem deren Präsident *Trichet*, hätten im August die EU gerettet. Kommissionspräsident *Barroso* bezeichnete die Umsetzung der von den Staats- und Regierungschefs der Eurozone am 21.07.2011 beschlossenen Maßnahmen als dringlichste Herausforderungen. Die Mitgliedstaaten müssten jetzt Taten zeigen; Maßnahmen zu beschließen, genüge nicht. Die bisherigen Haushaltsdefizite seien nicht mehr tragbar, eine Konsolidierung sei nötig. Erneut kündigte *Barroso* Vorschläge zur Einführung von Eurobonds an. Auch EVP-Fraktionschef *Daul* betonte die Dringlichkeit einer drastischen Konsolidierung der Haushalte und plädierte für verstärkte Integration. S&D-Fraktionsvorsitzender *Schulz* kritisierte das Krisenmanagement der Staats- und Regierungschefs. Zu Haushaltsdisziplin gebe es keine Alternativen, es müsse aber gerecht zugehen. ALDE-Fraktionschef *Verhofstadt* forderte echte „Economic Governance“; die Vorschläge von Bundeskanzlerin *Dr. Merkel* und Präsident *Sarkozy* seien unzureichend, eine Wirtschaftsregierung müsse sich zwei Mal wöchentlich treffen, nicht nur zwei Mal jährlich. Zudem plädierte er für Eurobonds: Deutschland habe die Wahl zwischen diesem Instrument und einer Abhängigkeit von China und Lateinamerika, die als Einzige noch Papiere mancher Euro-Staaten kauften. Der Vorsitzende der CDU-CSU-Gruppe *Langen* griff *Barroso* scharf an und forderte ihn auf, bei seiner Rede zur Lage der Union Ende September konkrete Vorschläge zu unterbreiten.

APELLE ZUR ANNAHME DES „SIX PACK“

Der Vertreter der Ratspräsidentschaft *Vincent-Rostowski*, Kommissionspräsident *Barroso* und Kommissar *Rehn* riefen das EP auf, das Paket zur wirtschaftspolitischen Steuerung („Six-Pack“) rasch anzunehmen.



POLNISCHER STAATSPRÄSIDENT PLÄDIERT FÜR VERTIEFUNG DER EU UND BERÜCKSICHTIGUNG DER ÖSTLICHEN NACHBARN

Staatspräsident *Komorowski* forderte, die Integration müsse weiter vertieft werden. Die Antwort auf die Krise sei „mehr Europa“.

ENTSCHLIESSUNGEN ZUM THEMA BESSERE RECHTSETZUNG

Das EP nahm Entschlüsse zum Jahresbericht über die Kontrolle der Anwendung des EU-Rechts, zum Thema „Bessere Rechtssetzung, Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit und intelligente Regulierung“ und zum Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten an.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0377+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0378+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0381+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

S&D-FRAKTIONSCHIEF SCHULZ FÜR WAHL ZUM EP-PRÄSIDENTEN NOMINIERT

Die S&D-Fraktion nominierte MdEP *Schulz* als Kandidat für das Amt des EP-Präsidenten. Gemäß einer Absprache zwischen den größten Fraktionen EVP und S&D besetzt jede der beiden Fraktionen das Amt für die Hälfte der Legislaturperiode.

IMMUNITÄT VON *HANS-PETER MARTIN* AUFGEBOBEN

Das EP hob am 13.09.2011 die Immunität des fraktionslosen österreichischen Abgeordneten *Hans-Peter Martin* auf. Er wird beschuldigt, Gelder zur Deckung der EU-Wahlkampfkosten nicht ordnungsgemäß verwendet zu haben.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110913|PR26448/html/EU-Parlament-hebt-Immunität-Hans-Peter-Martins-auf>

KOMMISSION RÜGT DEFIZITE BULGARIENS UND RUMÄNIENS BEI JUSTIZREFORM SOWIE BEI BEKÄMPFUNG VON KORRUPTION UND ORGANISierter KRIMINALITÄT

Die Kommission hat die Jahresberichte über die Fortschritte Bulgariens und Rumäniens bei der Erfüllung aller EU-Standards in den Bereichen Justizreform



sowie Bekämpfung von Korruption und Organisierter Kriminalität vorgelegt. Sie kommt erneut zu dem Ergebnis, dass in beiden Ländern noch erhebliche weitere Fortschritte nötig sind. Der Rat Allgemeine Angelegenheiten rief beide Länder auf, ihre Anstrengungen zu verstärken.

Pressemeldung:

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/10106_de.htm

Bericht Bulgarien:

http://ec.europa.eu/dgs/secretariat_general/cvm/docs/com_2011_459_de.pdf

Bericht Rumänien:

http://ec.europa.eu/dgs/secretariat_general/cvm/docs/com_2011_460_de.pdf

EUGH: EUROPAABGEORDNETE GENIESSEN NUR IMMUNITÄT FÜR HANDLUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER AUSÜBUNG IHRES MANDATS

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat die Reichweite des Immunitätsrechts, das Mitgliedern des EP zusteht, präzisiert. Die Immunität soll Meinungsfreiheit und Unabhängigkeit der Abgeordneten schützen. Der Schutz könne auch für Aussagen außerhalb des Parlaments gelten, sofern sie mit der parlamentarischen Tätigkeit in Zusammenhang stehen.

Das Urteil (C-163/10) findet sich unter:

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de>

Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

VORSCHLÄGE DER KOMMISSION ZUR ÄNDERUNG DES SCHENGENREGIMES STOSSEN AUF KRITIK

Die Kommission hat am 16.09.2011 Vorschläge zur Änderung des Schengenregimes vorgelegt. Insbesondere schlägt sie eine Ausweitung der Gründe, die die Einführung von temporären Grenzkontrollen an den Binnengrenzen rechtfertigen, auf die Fälle vor, in denen ein Mitgliedstaat nicht in der Lage ist, seine EU-Außengrenze zu sichern oder in denen ein hoher Zustrom von Drittstaatsangehörigen über eine EU-Außengrenze und eine daraus resultierende unerwartet großen Wanderungsbewegung innerhalb des Schengenraums droht. Über die Wiedereinführung der Kontrollen sollen nun nicht mehr wie bisher die Mitgliedstaaten, sondern in der Regel die Kommission auf Antrag eines Mitgliedstaats im Rahmen des Komitologie-



Prüfverfahrens entscheiden. Schon vor der offiziellen Vorstellung sind die Vorschläge der Kommission auf teils heftige Kritik einiger Mitgliedstaaten gestoßen. Auch mit Widerstand des EP wird gerechnet.

KOMMISSION: DEUTSCHER GLÜCKSSPIELÄNDERUNGS-STAATSVERTRAG VERSTÖSST GEGEN EU-RECHT

Am 18.07.2011 hat die Kommission in einer sog. begründeten Stellungnahme erhebliche Zweifel an der Vereinbarkeit des deutschen Glücksspieländerungsstaatsvertrags mit dem EU-Recht geäußert. Die Kommission bemängelt vor allem, dass Deutschland ein Urteil des EuGH vom September 2010 nicht berücksichtigt habe, in dem das staatliche Glücksspielmonopol gekippt worden war (EB 15/10). Für den Fall, dass der Vertrag nicht grundlegend geändert wird, droht die Kommission die Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens an.

RAT STIMMT EINRICHTUNG EINER IT-AGENTUR ZU

Nach dem EP hat nun auch der Rat am 12.09.2011 der Einrichtung einer Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Systemen in der sog. „Dritten Säule“ (Freiheit, Sicherheit, Recht) zugestimmt. Die Agentur soll im Sommer 2012 ihre Arbeit an den Standorten Tallin und Paris aufnehmen.

EP-PLENUM STIMMT ÄNDERUNG DER FRONTEX-VERORDNUNG ZU

Das EP-Plenum hat am 13.09.2011 dem in Trilog-Verhandlungen gefundenen Kompromiss über die Änderung der FRONTEX-Verordnung zugestimmt. Mit den vorgesehenen Änderungen sollen die Europäische Grenzagentur FRONTEX und insbesondere deren operationelle Fähigkeiten gestärkt werden. Der Rat muss dem Verordnungstext noch offiziell zustimmen.

KOMMISSION LEGT BERICHT ZUR UMSETZUNG DER FREIZÜGIGKEITS-RICHTLINIE VOR

Die Kommission hat am 25.08.2011 das Ergebnis ihrer Untersuchung zur vollständigen Umsetzung der Freizügigkeitsrichtlinie in den Mitgliedstaaten mitgeteilt. Danach hat sie seit Sommer 2010 in 786 Fällen Mängel an der korrekten oder vollständigen Umsetzung der Richtlinie zu beanstanden gehabt. In 90 % der Fälle seien die Bedenken aber mittlerweile ausgeräumt oder die Verstöße behoben worden. Gegen elf Staaten bestünden jedoch weitere Kritikpunkte,



weshalb die Kommission im Juli 2011 Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet habe, darunter auch gegen Deutschland.

Pressemitteilung der Kommission:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/981&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

STUDIE ZUR BEHANDLUNG HOMO- UND TRANSSEXUELLER ASYLBEWERBER

Am 05.09.2011 hat die niederländische Organisation COC zusammen mit der Freien Universität Amsterdam eine von der Kommission geförderte Studie zur Behandlung von Asylanträgen durch die Mitgliedstaaten im Hinblick auf den Asylgrund der sexuellen Orientierung vorgestellt. Laut den Autoren verletzen die Mitgliedstaaten elementare Prinzipien des internationalen Asylrechts und fördern Homophobie.

Die Studie ist abrufbar unter:

http://www.rechten.vu.nl/Images/Fleeing%20Homophobia%20report%20EN_tcm22-232205.pdf

VORSCHLÄGE DER KOMMISSION ZUR VERTEILUNG DER MITTEL DES EU-AUßENGRENZENFONDS FÜR 2012

Die Kommission hat am 05.08.2011 ihre Vorschläge zur Verteilung der Mittel des EU-Außengrenzenfonds für das Jahr 2012 vorgestellt. Insgesamt sollen für das Grenzmanagement und die Visapolitik rund 370 Mio. € zur Verfügung gestellt werden, wovon gut 10 Mio. € an Deutschland vergeben werden sollen.

Pressemitteilung der Kommission mit Übersicht der Mittelverteilung:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/953&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

WEG FREI FÜR DIE EINFÜHRUNG VON KÖRPERSCANNERN AN EUROPÄISCHEN FLUGHÄFEN – VORERST ALLERDINGS NICHT IN DEUTSCHLAND

Am 30.08.2011 hat der zuständige EP-Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr (TRAN) einen zuvor im Komitologieverfahren erarbeiteten Verordnungsvorschlag zum Einsatz von Körperscannern als Kontrollmethode für Fluggäste an europäischen Flughäfen angenommen. Das Bundesministerium des Innern hat jedoch nach einer Testphase am Flughafen Hamburg angekün-



digt, die Körperscanner vorerst in Deutschland nicht einzusetzen.

EU-AUFKLÄRUNGSNETZ GEGEN RADIKALISIERUNG INS LEBEN GERUFEN

Die Kommission hat am 09.09.2011 als Teil der Umsetzung ihrer „EU-Strategie der inneren Sicherheit“ ein Aufklärungsnetz gegen Radikalisierung gestartet. In diesem Netzwerk sollen private Gruppen und Verbände, zusammen mit Vertretern der Mitgliedstaaten und EU-Institutionen, die im Bereich Extremismusbekämpfung tätig sind, zusammengeführt werden, um Informationen und Erfahrungen auszutauschen.

Pressemitteilung der Kommission:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1011&format=HTML&aged=0&language=DE&quiLanguage=en>

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

VERORDNUNGSENTWURF ZUR GRENZÜBERSCHREITENDEN KONTOPFÄNDUNG

Die Kommission hat am 25.07.2011 den Entwurf für eine Verordnung zur vorläufigen grenzüberschreitenden Kontopfändung vorgelegt. Diese sieht vor, dass Gläubiger in allen Mitgliedstaaten nach den gleichen Regeln den geschuldeten Betrag auf einem (Bank-)Konto sperren lassen können. Dadurch soll verhindert werden, dass Schuldner vor der Vollstreckung eines Titels das Guthaben beiseiteschaffen und somit die betroffenen Gläubiger leer ausgehen.

Näheres unter:

http://ec.europa.eu/justice/civil/files/comm-2011-445_de.pdf

EU SCHÜTZT RECHTE VON MUSIKERN LÄNGER

Der Rat hat am 12.09.2011 die Verlängerung der Schutzdauer von Leistungsschutzrechten bei Tonaufnahmen (Änderung der Richtlinie 2006/116/EG) von 50 auf 70 Jahre beschlossen. Die Richtlinie ist binnen zwei Jahren in nationales Recht umzusetzen.

Näheres unter:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/intm/124570.pdf

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/595>



VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN WEGEN NICHTUMSETZUNG DER MEDIATIONSRICHTLINIE

Die Kommission hat Vertragsverletzungsverfahren gegen neun der 27 EU-Mitgliedstaaten eingeleitet, die die Mediationsrichtlinie in Zivil- und Handelssachen noch nicht vollständig umgesetzt haben, obwohl die Umsetzungsfrist am 21.05.2011 abgelaufen ist. Deutschland ist von dieser Maßnahme nicht betroffen, obwohl auch hier die Richtlinie noch nicht umgesetzt ist. Allerdings wird derzeit ein entsprechender Gesetzentwurf im Bundestag beraten, was aus Sicht der Kommission auf eine baldige Umsetzung schließen lässt.

Näheres unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/919&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

JAHRESBERICHT ZUR SICHERSTELLUNG GEFÄLSCHTER PRODUKTE AN EU-GRENZEN

Im Jahr 2010 haben die Zollbehörden in der Europäischen Union an den Außengrenzen der EU mehr als 103 Mio. Waren wegen des Verdachts auf Schutzrechtsverletzung beschlagnahmt. Aus dem Jahresbericht der Kommission über die zollrechtliche Durchsetzung der Rechte geistigen Eigentums in der EU, der am 14.07.2011 veröffentlicht wurde, geht hervor, dass sich die Zahl der vom Zoll festgehaltenen Sendungen gegenüber dem Vorjahr mit einem Anstieg von 43.500 im Jahr 2009 auf fast 80.000 im Jahr 2010 nahezu verdoppelt hat.

Näheres unter:

http://ec.europa.eu/taxation_customs/customs/customs_controls/counterfeit_piracy/statistics/index_de.htm

EP: BERICHTSENTWURF ZU SAMMELKLAGEN

Das EP bereitet seine Stellungnahme zu Überlegungen der Kommission vor, kollektive Rechtsschutzinstrumente einzuführen. Der Berichtsentwurf von *Klaus-Heiner Lehne* (EVP/CDU) vom 15.07.2011 plädiert für die Einführung eines horizontalen Instruments, welches nur für EU-Rechtsverletzungen mit grenzüberschreitendem Bezug anwendbar sein soll.

Näheres unter:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+COMPARL+PE->



[467.330+01+DOC+PDF+V0//EN&language=EN](#)

DATENBANK ZUM RECHT DES UNLAUTEREN WETTBEWERBS

Die Kommission hat am 29.07.2011 eine neue Online-Datenbank freigeschaltet, die alle EU-weiten rechtlichen Bestimmungen und Rechtsprechung zu unlauteren Geschäftspraktiken zugänglich macht. Die ausschließlich in Englisch zur Verfügung stehende Datenbank bietet zudem einen umfangreichen Überblick über die Umsetzung der entsprechenden EU-Vorgaben in den Mitgliedstaaten.

Näheres unter:

<https://webgate.ec.europa.eu/ucp/public/index.cfm?event=public.home.show&CFID=3281&CFTOKEN=71f953d5c63fc328-75AA0EE6-006C-A511-AA8CFEFF80D83BD9&jsessionid=a403abee3a9045f8182026121866b3e12786TR>

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

WESENTLICHE ERGEBNISSE DES SONDERGIPFELS DER STAATS- UND REGIERUNGSCHEFS DES EURORAUMS VOM 21.07.2011

Um die bestehende Finanzierungslücke in Griechenland zu schließen, haben sich die Staats- und Regierungschefs des Euroraums auf die Grundzüge eines zweiten Rettungsprogramms für Griechenland verständigt, zu dem die Mitgliedstaaten des Euroraums, der IWF sowie – anders als bei den bisherigen Rettungspaketen – auch der Privatsektor beitragen sollen. Das zusätzliche öffentliche Finanzierungsvolumen des neuen Programms wurde vorläufig auf 109 Mrd. € bis 2014 festgelegt. Daneben hat der Privatsektor seine Bereitschaft erklärt, Staatsanleihen mit einem Gesamtvolumen von 135 Mrd. € zu vergleichsweise niedrigen Zinssätzen auf 30 bzw. 15 Jahre zu verlängern und damit den Refinanzierungsbedarf Griechenlands zu reduzieren. Im Gegenzug sollen die Investoren Sicherheiten erhalten. Berücksichtigt man die Kosten der Absicherung, beträgt der Beitrag des Finanzsektors 37 Mrd. € bis 2014. Der zweite zentrale Punkt des Gipfels der Staats- und Regierungschefs des Euroraumes war die weitere Flexibilisierung des vorübergehenden Krisenmechanismus EFSF und des künftigen dauerhaften Krisenmechanismus ESM. Auf die Erhöhung der effektiven Darlehenskapazität der EFSF von 250 Mrd. € auf 440 Mrd. € hatten sich die Staats- und Regierungschefs bereits im März



verständnis. Um dies zu erreichen, muss das Garantievolumen der EFSF nominal von 440 Mrd. € auf 780 Mrd. € erhöht werden. Bei ihrem Gipfel am 21.07.2011 einigten sich die Staats- und Regierungschefs nunmehr auch darauf, die Handlungsinstrumente der EFSF und des künftigen ESM deutlich zu erweitern. Diese sollen mit folgenden fünf Handlungsinstrumente ausgestattet sein: Gewährung von Darlehen (ursprüngliches Handlungsinstrument der EFSF); ausnahmsweises Tätigwerden auf dem Primärmarkt für Staatsanleihen, d. h. Anleihekäufe direkt vom Mitgliedstaat; Tätigwerden auf den Sekundärmärkten für Staatsanleihen, um Ansteckungseffekte auf andere Mitgliedstaaten zu vermeiden; vorbeugendes Tätigwerden; Finanzierung von Rekapitalisierungsmaßnahmen von Finanzinstituten durch Darlehen an die Mitgliedstaaten. Diese Beschlüsse der Staats- und Regierungschefs müssen durch eine Änderung des EFSF-Vertrages umgesetzt werden. Die diesbezüglichen Verhandlungen zwischen den Mitgliedstaaten wurden in Brüssel Ende August abgeschlossen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/12401_1.pdf

<http://www.iif.com/press/press+198.php>

WESENTLICHE ERGEBNISSE DES TREFFENS ZWISCHEN BUNDESKANZLERIN DR. MERKEL UND PRÄSIDENT SARKOZY AM 16.08.2011

Bundeskanzlerin *Dr. Merkel* und Präsident *Sarkozy* haben sich am 17.08.2011 mit einem gemeinsamen Brief an den Präsidenten des ER gewandt, in dem die wesentlichen Ergebnisse des Treffens vom 16.08.2011 festgehalten sind. Danach soll der institutionelle Rahmen des Euroraums gestärkt und straffer organisiert werden. Hierzu soll es insbesondere regelmäßige Treffen der Staats- und Regierungschefs des Euroraums geben, um die wirtschaftliche Steuerung des Euroraumes zu verbessern. Die Treffen sollen regulär zweimal pro Jahr stattfinden. Weitere deutsch-französische Forderungen sind insbesondere die Einführung von Schuldenbremsen in den Verfassungen aller Euro-Mitgliedstaaten sowie eine stärkere Koordinierung der Steuerpolitik.

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Pressemitteilungen/BPA/2011/08/2011-08-17-dt-franz-brief-rompuy.layoutVariant=Druckansicht.html>



ABSCHLUSS DER TRILOGVERHANDLUNGEN ZUM LEGISLATIVPAKET ZUR WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN STEUERUNG

Die Kommission hatte am 29.09.2010 ihren Vorschlag für ein Legislativpaket zur Verstärkung der wirtschaftspolitischen Steuerung unterbreitet, in das auch die Ergebnisse der Task Force unter Leitung des Präsidenten des ER, *Van Rompuy*, eingeflossen sind. Das Legislativpaket besteht aus sechs Legislativakten, mit dem der Stabilitäts- und Wachstumspakt verschärft und ein Instrumentarium zur Vermeidung und Korrektur übermäßiger makroökonomischer Ungleichgewichte geschaffen wird. Nach fast einem Jahr konnten die Verhandlungen zwischen Rat und EP am 14.09.2011 zum Abschluss gebracht werden. Die beiden noch verbliebenen Streitpunkte, die Anwendung des Prinzips der umgekehrten Mehrheit im präventiven Arm des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sowie die Behandlung von Leistungsbilanzüberschüssen im Rahmen der makroökonomischen Überwachung, konnten ausgeräumt werden.
<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110915IPR26741/html/EP-and-Council-strike-a-deal-on-economic-governance-package>

AKTUELLER STAND DER UMSETZUNG DER RETTUNGSPAKETE FÜR EURO-MITGLIEDSTAATEN

Das erste Rettungspaket für Griechenland hat ein Gesamtvolumen von 110 Mrd. €. Davon tragen der IWF 30 Mrd. €, die Euro-Mitgliedstaaten 80 Mrd. €. Von den 110 Mrd. € wurden bis Juli 2011 insgesamt 65 Mrd. € ausbezahlt. Die Juli-Tranche konnte dabei erst ausbezahlt werden, nachdem die Euro-Mitgliedstaaten ein zweites Rettungspaket für Griechenland zugesagt hatten, um die bestehende Finanzierungslücke zu schließen. Die nächste Tranche in Höhe von insgesamt 8 Mrd. € steht für September an. Zuvor muss die Troika aus Kommission, EZB und IWF im Rahmen ihrer fünften Mission feststellen, dass Griechenland die mit der Darlehensgewährung verbundenen Auflagen erfüllt hat und die vorgegebenen Defizitziele einhält. Die Mission wurde indes am 02.09.2011 vorübergehend abgebrochen. Hintergrund war, dass sich abzeichnete, dass Griechenland die vorgegebenen Defizitziele ohne zusätzliche Gegenmaßnahmen verfehlen würde. Irland und Portugal halten die mit den Rettungsprogrammen verbundenen Auflagen bisher ein.

Griechenland

http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/occasional_paper/2011/pdf/ocp82_en.pdf



<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/578&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Irland

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=PRES/11/293&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/occasional_paper/2011/pdf/ocp84_en.pdf

Portugal

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=PRES/11/293&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/occasional_paper/2011/pdf/ocp83_en.pdf

BERICHT 2011 ÜBER DIE ÖFFENTLICHEN FINANZEN IN DER WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION

Die EU-Kommission hat am 12.09.2011 ihren Bericht über die öffentlichen Finanzen in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion 2011 veröffentlicht. In der EU wird die Schuldenquote von 59 % des BIP im Jahr 2007 auf voraussichtlich 83,3 % im Jahr 2012 ansteigen. Der Schuldenstand der Mitgliedstaaten des Euroraums wird im Jahr 2012 mit 88,7 % des BIP sogar noch über diesem Niveau liegen (zum Vergleich 2007: 66,3 %).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1019>

http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/european_economy/2011/pdf/ee-2011-3_en.pdf

ERHÖHTE KOFINANZIERUNGSSÄTZE ZUR STÄRKUNG DER KONJUNKTUR

Die Kommission hat am 01.08.2011 vorgeschlagen, für sechs Mitgliedstaaten (Griechenland, Irland, Portugal, Rumänien, Lettland und Ungarn) die nationalen Beiträge zu gemeinsam mit der EU finanzierten Projekten (sog. „Kofinanzierungsbeiträge“) zu ermäßigen. Ziel ist die Steigerung des Wirtschaftswachstums und die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit in diesen Mitgliedstaaten. Der EU-Beitrag soll dabei auf Antrag des betreffenden Mitgliedstaates im Rahmen bestimmter Höchstbeträge bis auf maximal 95 % erhöht werden. Damit können vorhandene Mittel, z. B. aus dem Kohäsionsfonds oder dem Fonds für die Entwicklung des ländlichen Raums, früher



erstattet werden. Die Kommission bittet den Rat und das EP, den Vorschlag bis Ende 2011 im Eilverfahren zu erlassen, damit die wichtigen Projekte schnellstmöglich durchgeführt werden können.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/942&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

ERGEBNISSE DES STRESSTESTS FÜR DEN BANKENSEKTOR

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) hat am 15.07.2011 die Ergebnisse der diesjährigen Stresstests für den Bankensektor veröffentlicht. An dem Stresstest haben insgesamt 91 europäische Banken teilgenommen, die gemessen an der Bilanzsumme 65 % des gesamten europäischen Bankensektors repräsentieren. Bei Annahme des Stressszenarios wiesen acht Banken eine Kernkapitalquote von unter 5 % aus und sind damit durch den Stresstest gefallen. Hierzu zählten fünf spanische Banken bzw. Sparkassen, zwei griechische Banken und eine österreichische Bank. Von den deutschen Banken schnitt die Landesbank Berlin im Stressszenario mit einer Kernkapitalquote von 10,4 % am besten und die HSH Nordbank mit 5,5 % am schlechtesten ab. Auch die Bayerische Landesbank hat den Stresstest mit einer Kernkapitalquote von 7,1 % (8,3 % unter Berücksichtigung zusätzlicher Gegenmaßnahmen) den Stresstest bestanden.

<http://stress-test.eba.europa.eu/pdf/Opening+statement+-+Andrea+Enria+-+FINAL.pdf>

http://stress-test.eba.europa.eu/pdf/EBA_ST_2011_Summary_Report_v6.pdf

http://www.bafin.de/cln_110/nn_722802/SharedDocs/Mitteilungen/DE/Service/PM_2011/pm_110715_eba_stresstest_veroeffentlichung.html

http://www.bundesfinanzministerium.de/DE/Wirtschaft_und_Verwaltung/Geld_und_Kredit/20110715-Stresstest-2011.html?_nn=true

KOMMISSION LEGT PAKET ZUR UMSETZUNG VON „BASEL III“ IN UNIONSRECHT VOR

Die Kommission hat am 20.07.2011 einen Vorschlag für ein Paket von Rechtsakten vorgelegt, mit denen das auf internationaler Ebene (im Rahmen von G20) vereinbarte Regelwerk über Eigenkapitalanforderungen für Banken („Basel III“) in Unionsrecht überführt werden soll. Das Paket besteht aus einer Verordnung und einer Richtlinie, die zusammen die beiden bisherigen Eigenkapitalrichtlinien (2006/48/EG und 2006/49/EG) ersetzen sollen. Durch ver-



schiedene Maßnahmen sollen die etwa 8000 europäischen Banken bei Markt-turbulenzen und Krisen widerstandsfähiger werden: Zum einen sollen Banken mehr hochwertiges Eigenkapital vorhalten müssen, um künftige Schocks aus eigener Kraft besser bewältigen zu können. Zum anderen schlägt die Kommission einen neuen Governance-Rahmen vor. Er betrifft sowohl interne Strukturen von Finanzinstituten, die zu einer realistischen und sorgfältigen Risikobewertung führen sollen, als auch neue Befugnisse für Aufsichtsbehörden, um Banken zu überwachen und sie bei einem Verstoß gegen die Bestimmungen mit Sanktionen belegen zu können (s. auch den Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/915&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

MITTEILUNG UND ENTSCHEIDUNGSVORSCHLAG DER KOMMISSION ZUR STÄRKEREN KOORDINIERUNG DER ENERGIEAUßENPOLITIK

Die Kommission hat am 07.09.2011 ein Paket zu Energieaußenbeziehungen vorgelegt. Es besteht zum einen aus einer Mitteilung zur Energieversorgungssicherheit und internationalen Zusammenarbeit, in der sie eine Gesamtstrategie für die Außenbeziehungen der EU im Energiebereich entwirft. Zum anderen schlägt die Kommission einen Rechtsakt über den Informationsaustausch zwischen Mitgliedstaaten hinsichtlich ihrer internationalen Energieabkommen vor. Er sieht eine gegenseitige Information sowohl über bereits bestehende Abkommen mit Drittstaaten als auch über Verhandlungen zu neuen Abkommen vor. Die Kommission soll die Informationen gleichsam als Clearingstelle sammeln und dann per Datenbank allen Mitgliedstaaten zur Verfügung stellen. Weitergehend als es der Titel des Vorschlags erahnen lässt, soll sie außerdem auf eigene Initiative hin geplante Abkommen vor der Unterzeichnung auf die Vereinbarkeit mit Unionsrecht überprüfen und ihre Unterzeichnung bis zu einer Dauer von vier Monaten auf Eis legen können.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1005&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>



EP NIMMT VERORDNUNG ÜBER TRANSPARENZ IM STROM- UND GASMARKT (REMIT) AN

Das EP hat am 14.09.2011 neuen Regeln gegen Marktmissbrauch und Insiderhandel an den Energiegroßhandelsmärkten zugestimmt. Der in erster Lesung angenommene Text des Berichterstatters *Jorgo Chatzimarkakis* (ALDE, DEU, 616 Stimmen bei 26 Gegenstimmen und 24 Enthaltungen) geht auf eine bereits im Vorfeld gefundene Einigung mit dem Rat zurück. Die neue Verordnung betrifft alle Verträge und Derivate für die Versorgung und den Transport von Erdgas und Strom. Grundlage ist ein entsprechender Vorschlag der Kommission vom Dezember 2010 (EB 21/10). Nun muss noch der Rat die Verordnung annehmen; dies wird voraussichtlich beim Umweltrat am 10.10.2011 geschehen. Sie tritt 20 Tage nach Veröffentlichung im EU-Amtsblatt in Kraft.

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110914IPR26634/html/Energiemarkt-Gro%C3%9Fh%C3%A4ndler-m%C3%BCssen-Gesch%C3%A4fte-k%C3%BCnftig-offenlegen>

KOMMISSION LEGT PAKET ZUR UMSETZUNG VON „BASEL III“ IN UNIONSRECHT VOR

Die Kommission hat am 20.07.2011 einen Vorschlag für ein Paket von Rechtsakten vorgelegt, mit denen das auf internationaler Ebene (im Rahmen von G20) vereinbarte Regelwerk über Eigenkapitalanforderungen für Banken („Basel III“) in Unionsrecht überführt werden soll. Das Paket besteht aus einer Verordnung und einer Richtlinie, die zusammen die beiden bisherigen Eigenkapitalrichtlinien (2006/48/EG und 2006/49/EG) ersetzen sollen. Durch verschiedene Maßnahmen sollen die etwa 8000 europäischen Banken bei Marktturbulenzen und Krisen widerstandsfähiger werden: Zum einen sollen Banken mehr hochwertiges Eigenkapital vorhalten müssen, um künftige Schocks aus eigener Kraft besser bewältigen zu können. Zum anderen schlägt die Kommission einen neuen Governance-Rahmen vor. Er betrifft sowohl interne Strukturen von Finanzinstituten, die zu einer realistischen und sorgfältigen Risikobewertung führen sollen, als auch neue Befugnisse für Aufsichtsbehörden, um Banken zu überwachen und sie bei einem Verstoß gegen die Bestimmungen mit Sanktionen belegen zu können.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/915&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>



KOMMISSION SCHLÄGT VORÜBERGEHENDE VERRINGERUNG DER NATIONALEN KOFINANZIERUNGSSÄTZE FÜR DEN EINSATZ VON EU-FONDS IN WIRTSCHAFTLICHEN KRISENSTAATEN VOR

Die Kommission hat am 01.08.2011 eine Änderung der Strukturfondsverordnung (EG) Nr. 1083/2006 vorgeschlagen, die eine vorübergehende Senkung der nationalen Kofinanzierungssätze für die wirtschaftlich besonders angeschlagenen Mitgliedstaaten Griechenland, Irland, Portugal, Rumänien, Lettland und Ungarn erlaubt. Der EU-Finanzierungssatz soll von der regulär geltenden Höchstgrenze von 85 % auf bis zu 95 % aufgestockt und die ergänzende nationale Kofinanzierungsrate entsprechend gesenkt werden. Gemeinsames Merkmal dieser Staaten ist, dass sie derzeit über einen Finanzhilfemechanismus der EU Stabilisierungskredite erhalten. Der Vorschlag zielt nicht auf die Bereitstellung zusätzlicher EU-Mittel, vielmehr sollen bereits gebundene Mittel besser aufgenommen werden können. Projekte in diesen Staaten, die deren Wettbewerbsfähigkeit verbessern helfen und der Wirtschaft zu Gute kommen, sollen nicht daran scheitern, dass wegen Haushaltsnotlagen die im Normalfall geforderte nationale Kofinanzierung nicht sichergestellt werden kann.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/942&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

KOMMISSION SCHLÄGT REGELUNGEN FÜR DIE BEHANDLUNG RÜCKZAHLBARER BEIHILFEN IM RAHMEN DER STRUKTURFONDS-VERORDNUNG 1083/2006 VOR

Die Kommission hat am 01.08.2011 eine Änderung der Strukturfondsverordnung (EG) Nr. 1083/2006 vorgeschlagen, mit der eine Rechtsgrundlage für das Finanzierungsinstrument der rückzahlbaren Beihilfe geschaffen werden soll. Dabei handelt es sich um rückzahlbare Zuschüsse (d. h. Zuschüsse, die zinslos vollständig oder teilweise zurückgezahlt werden können) und Kreditlinien außerhalb von Finanzierungsinstrumenten nach Art. 44 der genannten Verordnung.

Vorschlag zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006:

http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2011/com2011_0483de01.pdf



EUROPÄISCHER RECHNUNGSHOF (EURH) VERÖFFENTLICHT SONDERBERICHT ZUR WIRTSCHAFTLICHKEIT DER MIT EFRE-MITTELN UNTERSTÜTZTEN TOURISMUSPROJEKTE

Der EuRH hat am 13.09.2011 einen Bericht zur Wirtschaftlichkeit der zwischen 2000 und 2006 aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) kofinanzierten Tourismusprojekte veröffentlicht. In diesem Zeitraum flossen gut 4,6 Mio. € aus dem EFRE in die Tourismusförderung. Die Prüfung erfolgte auf Grundlage einer Erhebung bei 206 Projektträgern aus 26 Regionen in neun Mitgliedstaaten. In seinem Sonderbericht Nr. 06/2011 kommt er zum Ergebnis, dass alle untersuchten Projekte positive Ergebnisse erzielt hätten, die meisten davon auch nachhaltiger Natur (z. B. Erweiterung der Kapazitäten, längerfristiger Erhalt der geschaffenen Arbeitsplätze), und dass nur 6 % der Projekte auch ohne die Förderung umgesetzt worden wären.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=ECA/11/25&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://eca.europa.eu/portal/pls/portal/docs/1/8708726.PDF>

RAT NIMMT ÄNDERUNGEN DER EUROVIGNETTEN-RICHTLINIE ENDGÜLTIG AN

Der Rat hat am 12.09.2011 die Änderungen der Wegekostenrichtlinie 1999/62/EG (auch als „Eurovignetten-Richtlinie“ bekannt) endgültig angenommen, gegen die Stimmen Italiens und Spaniens und bei Enthaltung Irlands, der Niederlande und Portugals. Das EP hatte bereits am 07.06.2011 auf Grundlage des zuvor zwischen beiden Institutionen gefundenen Kompromisses (EB 11/11) zugestimmt. Die Änderung der Richtlinie betrifft die Internalisierung externer Kosten – Lärm und Luftverschmutzung – bei der Mauterhebung für schwere Nutzfahrzeuge. Ob Mitgliedstaaten eine Straßenmaut unter Einbeziehung externer Kosten einführen wollen, bleibt ihnen überlassen. Wenn sie sich dazu entschließen, muss die Maut jedoch den Vorgaben der Richtlinie entsprechen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/trans/124568.pdf

TREFFEN DER NATIONALEN KMU-BEAUFTRAGTEN MIT DEM KMU-BEAUFTRAGTEN DER EU: EINIGUNG AUF AKTIONSPLAN

Die nationalen KMU-Beauftragten trafen am 14.09.2011 in Brüssel erstmals zu



einer gemeinsamen Sitzung mit dem KMU-Beauftragten der EU, dem stv. Generaldirektor der Generaldirektion Unternehmen, *Daniel Calleja Crespo*, zusammen. Dort tauschten sie sich über Fortschritte bei der Umsetzung des „Small Business Acts“ aus, eines Maßnahmenpaktes der Kommission aus dem Jahre 2008 zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für KMU in der EU und zur stärkeren Berücksichtigung ihrer Belange in der nationalen und europäischen Wirtschaftspolitik. Bei dem Treffen vereinbarten die Beauftragten einen Aktionsplan zur erleichterten Unternehmensgründung, zur Verbesserung des Zugangs zu Finanzierungsquellen und zum Abbau von Bürokratie.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1030&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

KOMMISSION GENEHMIGT ÜBERNAHME VON MYLLYKOSKI UND RHEIN PAPIER DURCH UPM-KYMMENE

Die Kommission hat am 13.07.2011 die Übernahme des finnischen Myllykoski-Konzerns (bestehend aus der Myllykoski Corporation und Rhein Papier GmbH) durch das finnische Unternehmen UPM-Kymmene Corporation („UPM“) nach der Fusionskontrollverordnung ohne Auflagen genehmigt. Beide Konzerne sind in der Papier- und Zellstoffindustrie tätig. In Bayern betreibt Myllykoski das Papierwerk Plattling Papier, das Werk MD Plattling und in Ettringen das Werk der Fa. Lang. UPM betreibt in Bayern Werke in Schongau und Augsburg.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/865&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

VERORDNUNG ZUR GRENZÜBERSCHREITENDEN KONTOPFÄNDUNG

Die Kommission hat am 25.7.2011 den Entwurf für eine Verordnung zur vorläufigen grenzüberschreitenden Kontopfändung vorgelegt. Diese sieht vor, dass Gläubiger in allen Mitgliedstaaten nach den gleichen Regeln den geschuldeten Betrag auf einem (Bank-)Konto sperren lassen können. Dadurch soll verhindert werden, dass Schuldner vor der Vollstreckung eines Titels das Guthaben beiseiteschaffen und somit die betroffenen Gläubiger leer ausgehen. Zurzeit gehen den Unternehmern nach Angaben der Kommission in der EU rund 2,5 % ihres Jahresumsatzes aufgrund uneinbringlicher Forderungen verloren – bis zu 600 Mio. € jährlich. Insbesondere seien dadurch kleine und mittlere Unternehmen betroffen (s. auch den Beitrag des StMJV in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/923&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>



[TML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en](#)

REVISION DER TABAKRICHTLINIE: STARKES INTERESSE, ABER KEIN EINDEUTIGES KONSULTATIONSERGEBNIS

Die Kommission hat am 27.07.2011 das Ergebnis der von ihr im vergangenen Jahr durchgeführten Konsultation zur geplanten Revision der Tabakrichtlinie veröffentlicht. 96 % der über 85.500 Beiträge stammen von einzelnen Bürgern. Ca. zwei Drittel der Antworten kommen allein aus den Mitgliedstaaten Italien und Polen, die über recht strenge Gesetze zum Schutz der Bürger vor Tabakrauch verfügen (8 % aus Deutschland). Die Kommission beabsichtigt, die Ergebnisse der Befragung in die laufende Folgenabschätzung einfließen zu lassen, bei der nicht nur die gesundheitlichen Belange, sondern auch wirtschaftliche und soziale Aspekte berücksichtigt werden sollen. Der Gesetzgebungsvorschlag wird sich auf die Verpackung, Vermarktung und den Inhalt von Tabakerzeugnissen erstrecken und kann im Laufe des nächsten Jahres erwartet werden. Er bezweckt zum einen eine weitere Harmonisierung des Binnenmarktes, zum anderen soll mit den Maßnahmen aber auch der Tabakkonsum in der EU, v. a. zum Schutz Jugendlicher, verringert werden (s. auch den Beitrag des StMUG in diesem EB).

http://ec.europa.eu/health/tobacco/docs/consultation_report_en.pdf

EINHEITLICHES NOTRUFSYSTEM FÜR PKWS AB 2015

Am 08.09.2011 hat die Kommission für das kommende Jahr Gesetzesvorschläge zur verpflichtenden Einführung des Autonotrufsystems „eCall“ angekündigt, nachdem die freiwillige Einführung nur schleppend voranging. Obwohl der Einbau des Systems weniger als 100 € kostet, ist es bis jetzt fast nur in Luxusautos vorzufinden. Ziel ist es, dass bis 2015 alle neu produzierten Personen- und Kraftfahrzeuge dieses System, das beim Aufprall eines Kraftfahrzeugs automatisch einen Notruf mit den notwendigen Informationen an die nächste Dienststelle absendet, verwenden (s. auch den Beitrag im Bereich der IuK- und Medienpolitik in diesem EB).

http://ec.europa.eu/information_society/activities/esafety/ecall/index_en.htm

www.ec.europa.eu/ecall

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/11/557&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>



WESENTLICHE ERGEBNISSE DES SONDERGIPFELS DER STAATS- UND REGIERUNGSCHEFS DES EURORAUMS VOM 21.07.2011

Um die bestehende Finanzierungslücke in Griechenland zu schließen, haben sich die Staats- und Regierungschefs des Euroraums auf die Grundzüge eines zweiten Rettungsprogramms für Griechenland verständigt, zu dem die Mitgliedstaaten des Euroraums, der IWF sowie – anders als bei den bisherigen Rettungspaketen – auch der Privatsektor beitragen sollen. Das zusätzliche öffentliche Finanzierungsvolumen des neuen Programms wurde vorläufig auf 109 Mrd. € bis 2014 festgelegt. Daneben hat der Privatsektor seine Bereitschaft erklärt, Staatsanleihen mit einem Gesamtvolumen von 135 Mrd. € zu vergleichsweise niedrigen Zinssätzen auf 30 bzw. 15 Jahre zu verlängern und damit den Refinanzierungsbedarf Griechenlands zu reduzieren. Im Gegenzug sollen die Investoren Sicherheiten erhalten. Berücksichtigt man die Kosten der Absicherung, beträgt der Beitrag des Finanzsektors 37 Mrd. € bis 2014. Der zweite zentrale Punkt des Gipfels der Staats- und Regierungschefs des Euroraums war die weitere Flexibilisierung des vorübergehenden Krisenmechanismus EFSF und des künftigen dauerhaften Krisenmechanismus ESM. Auf die Erhöhung der effektiven Darlehenskapazität der EFSF von 250 Mrd. € auf 440 Mrd. € hatten sich die Staats- und Regierungschefs bereits im März verständigt. Um dies zu erreichen, muss das Garantievolumen der EFSF nominal von 440 Mrd. € auf 780 Mrd. € erhöht werden. Bei ihrem Gipfel am 21.07.2011 einigten sich die Staats- und Regierungschefs nunmehr auch darauf, die Handlungsinstrumente der EFSF und des künftigen ESM deutlich zu erweitern. Diese sollen mit folgenden fünf Handlungsinstrumente ausgestattet sein: Gewährung von Darlehen (ursprüngliches Handlungsinstrument der EFSF); ausnahmsweises Tätigwerden auf dem Primärmarkt für Staatsanleihen, d. h. Anleihekäufe direkt vom Mitgliedstaat; Tätigwerden auf den Sekundärmärkten für Staatsanleihen, um Ansteckungseffekte auf andere Mitgliedstaaten zu vermeiden; vorbeugendes Tätigwerden; Finanzierung von Rekapitalisierungsmaßnahmen von Finanzinstituten durch Darlehen an die Mitgliedstaaten. Diese Beschlüsse der Staats- und Regierungschefs müssen durch eine Änderung des EFSF-Vertrages umgesetzt werden. Die diesbezüglichen Verhandlungen zwischen den Mitgliedstaaten wurden in Brüssel Ende August abgeschlossen (s. auch den Beitrag des StMF in diesem EB).

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/124011.pdf



<http://www.iif.com/press/press+198.php>

**WESENTLICHE ERGEBNISSE DES TREFFENS ZWISCHEN
BUNDESKANZLERIN DR. MERKEL UND PRÄSIDENT SARKOZY AM
16.08.2011**

Bundeskanzlerin *Dr. Merkel* und Präsident *Sarkozy* haben sich am 17.08.2011 mit einem gemeinsamen Brief an den Präsidenten des ER gewandt, in dem die wesentlichen Ergebnisse des Treffens vom 16.08.2011 festgehalten sind. Danach soll der institutionelle Rahmen des Euroraums gestärkt und straffer organisiert werden. Hierzu soll es insbesondere regelmäßige Treffen der Staats- und Regierungschefs des Euroraums geben, um die wirtschaftliche Steuerung des Euroraumes zu verbessern. Die Treffen sollen regulär zweimal pro Jahr stattfinden. Weitere deutsch-französische Forderungen sind insbesondere die Einführung von Schuldenbremsen in den Verfassungen aller EU-Mitgliedstaaten sowie eine stärkere Koordinierung der Steuerpolitik (s. auch den Beitrag des StMF in diesem EB).

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Pressemitteilungen/BPA/2011/08/2011-08-17-dt-franz-brief-rompuy.layoutVariant=Druckansicht.html>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

INFORMELLER AGRARRAT AM 11. - 13.09.2011 IN WROCLAW, POLEN

Auf dem informellen Agrarrat vom 11. - 13.09.2011 in Wroclaw (Breslau) stand die Zukunft der Absatzförderung für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus der EU im Vordergrund. Agrarkommissar *Cioloş* sprach sich dafür aus, durch Werbung für europäische Agrarprodukte Marktanteile auf Drittlandmärkten zu gewinnen. Exporterstattungen hingegen, seien in Zukunft kein geeignetes Instrument dafür. Die derzeit etwa 50 Mio. €, die aus dem EU-Haushalt für Absatzförderungsmaßnahmen zur Verfügung stehen, sollen laut *Cioloş* verdoppelt werden. In der Diskussion begrüßten die Mitgliedstaaten die Initiative der Kommission für eine bessere Absatzförderung; sie forderten jedoch auch eine einfachere, unbürokratischere Gestaltung der Absatzförderungs politik und der zugehörigen Genehmigungsverfahren. Am 14.07.2011 (s. EB 14/11) hatte die Kommission bereits das Grünbuch „Den Verbraucher auf den Geschmack bringen: Eine Strategie mit hohem europäischen Mehrwert zur Absatzförderung für Europas Agrarerzeugnisse“ vorgelegt. Das Konsultationsverfah-



ren dazu läuft noch bis 30.09.2011. Legislativvorschläge der Kommission werden 2012 erwartet.

Information der polnischen Ratspräsidentschaft unter:

<http://pl2011.eu/de/content/informelles-treffen-der-minister-fuer-landwirtschaft-und-fischerei>

Grünbuch, weitere Informationen und Konsultationsdokument unter:

http://ec.europa.eu/agriculture/promotion/index_de.htm

EP-AGRARAUSSCHUSS ZUM GAP-HAUSHALT 2012

Der EP-Agrarausschuss stellte sich am 30.08.2011 hinter die Vorschläge der Kommission zum Haushalt für das Jahr 2012 und somit gegen den Entwurf des Rates, den Haushalt der Gemeinsamen Agrarpolitik um 500 Mio. € zu kürzen. Die Agrarausgaben seien relativ starr, denn die Direktzahlungen, welche 70 % der Ausgaben ausmachten, seien vorhersehbar. Änderungen könnten sich nur bei marktbezogenen Ausgaben ergeben. Die darin vorgesehene Finanzierung von Schulobst- und Schulmilchprogrammen fördere nicht nur Landwirte, sondern auch bedürftige Bevölkerungsgruppen und müsse aufrecht erhalten werden. Wie die Kommission fordern auch die Ausschussmitglieder, an Pilotprojekten, z. B. zur Schaffung von Agrarprogrammen für die zusätzliche Bereitstellung öffentlicher Umweltgüter, festzuhalten. Außerdem weist der Agrarausschuss in diesem Zusammenhang auf die gegenwärtig schwierige Lage in den Sektoren Gemüse, Olivenöl und Schweinefleisch hin. Den von der EHEC-Krise betroffenen Gemüseerzeugern sollen 2012 weitere 600 Mio. € zur Verfügung gestellt werden. Außerdem wird eine klare rechtliche Regelung zur Weiterführung des Nahrungsmittelhilfsprogramms für Bedürftige nach dem Urteil des Gerichts der EU vom 13.04.2011 (s. EB 08/11) gefordert.

Stellungnahme unter:

<http://www.europarl.europa.eu/activities/committees/draftOpinionsCom/comparIDossier.do?dossier=AGRI%2f7%2f05125&body=AGRI&language=DE>

EUROSTAT: EINKOMMEN DER LANDWIRTE IM JAHR 2010 GESTIEGEN

Nach einer Veröffentlichung von Eurostat vom 05.08.2011 stiegen die durchschnittlichen Einkommen im Agrarsektor im Jahr 2010 je Arbeitskraft um 12,6 % im Vergleich zum Vorjahr. Damit konnte der Einkommensrückgang von 10 % im Jahr 2009 wieder gut gemacht werden. Es gibt jedoch große Unterschiede unter den Mitgliedstaaten – während Dänemark und Estland Steige-



rungen von über 45 % verbuchten, verzeichnet das Vereinigte Königreich einen Rückgang von 6 %. In 21 der 27 Mitgliedstaaten entwickelt sich das Einkommen positiv, in Deutschland wurde ein durchschnittlicher Zuwachs von 22,4 % verzeichnet. Vor allem die Preise für Ölsaaten (29 %), Getreide (27 %) und Kartoffeln (18 %) stiegen stark an. Auch die Milchpreise stiegen gegenüber dem Vorjahr um 10,5 % an, dagegen fielen die Preise für Vieh, Fleisch und Eier leicht. Insgesamt ist im langfristigen Vergleich zu 2005 ein positiver Trend bei der Entwicklung der Einkommen zu verzeichnen.

Veröffentlichung unter:

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/product_details/publication?p_product_code=KS-SF-11-037

BROSCHÜRE ZUR LANDNAHME DURCH BIOMASSE IN ENTWICKLUNGSLÄNDERN

Das International Institute for Environment and Development (IIED, London) stellte im März 2011, nach einjähriger Forschung, einen ausführlichen Bericht über die Folgen der Energiegewinnung aus Biomasse in der Forschungsserie „Natural Resource Issues“ vor. Darauf aufbauend veröffentlichte das IIED Ende August 2011 eine aktuelle Stellungnahme zum Thema, vor allem in Bezug auf die gesteigerte Landnahme in Folge der Biomasseproduktion in Entwicklungsländern und deren soziale Auswirkungen.

Ausführlicher Bericht unter:

<http://pubs.iied.org/13556IIED.html>

aktuelle Stellungnahme unter:

<http://pubs.iied.org/17098IIED.html>

EUGH LEGT ZULASSUNGSPFLICHT FÜR HONIG MIT POLLEN AUS GV-MAIS FEST

Am 06.09.2011 hat der EuGH im Rahmen der Verwaltungsstreitsache *Bablok* gegen den Freistaat Bayern (C-442/09) geurteilt, dass Honig bereits durch den geringsten Eintrag von Pollen aus gentechnisch verändertem Mais MON 810 einer Zulassung bedarf. Die Richter stellten u. a. fest, dass es sich bei den Pollen aus MON 810-Pflanzen zwar nicht um gentechnisch veränderte Organismen (GVO) handelt, diese aber in Imkereiprodukten (wie Honig und Pollenprodukten) als Zutat zu behandeln sind, die aus einem GMO hergestellt wurde. Daher ist für diese Produkte eine eigene Zulassung erforderlich, ohne diese



sind Honig und Pollenprodukte, die Pollen aus MON 810 enthalten, innerhalb der EU nicht verkehrsfähig (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2011-09/cp110079de.pdf>

LEBENS- UND FUTTERMITTEL AUS GV-TIEREN – EFSA STARTET KONSULTATION ZUR RISIKOBEWERTUNG

Am 10.08.2011 hat die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) eine Online-Konsultation über einen „Leitlinienentwurf zur Risikobewertung von aus genetisch veränderten Tieren gewonnenen Lebens- und Futtermitteln sowie zu den damit zusammenhängenden Aspekten der Tiergesundheit und des Tierschutzes“ eröffnet. Die EFSA erklärte zur Konsultation, dass zwar bislang in der EU kein Antrag auf die Marktzulassung von gentechnisch veränderten (GV) Tieren gestellt worden sei, doch in den USA bereits die Zulassung eines GV-Lachses geprüft werde. Die EFSA fordert alle Interessengruppen und interessierten Kreise auf, bis zum 30.09.2011 ihre Kommentare zum Leitlinienentwurf abzugeben (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

Zur Konsultation:

<http://www.efsa.europa.eu/de/consultations/call/110810.htm>

<http://www.efsa.europa.eu/de/press/news/110810.htm>

12 MIO. € MEHR FORSCHUNGSMITTEL ZUR BEKÄMPFUNG NEUER EPIDEMIEN

Den mittlerweile beendeten EHEC-Ausbruch, an welchem europaweit über 50 Menschen starben, hat die Kommission Anfang August 2011 zum Anlass genommen, um das Budget des 7. EU-Forschungsrahmenprogramms (2007 - 2013) für Forschungsarbeiten zu neu auftretenden Epidemien von 170 Mio. € um 12 Mio. € zu erhöhen. Allein für die Erforschung des neuen E. coli-Erregers, der für die Erkrankungen der letzten Wochen verantwortlich war, werden dem grenzüberschreitenden Konsortium ANTIGONE (Anticipating the Global Onset of Novel Epidemics) 2,1 Mio. € zur Verfügung gestellt. Die Forschungsarbeiten beginnen im Herbst und erstrecken sich auch auf andere Bakterien und Viren wie z. B. Ebola, SARS oder den Erreger des Q-Fiebers. Ziel ist es, mittels eines besseren Verständnisses der Krankheitserreger neue Epidemierisiken zu verhindern bzw. die Reaktion auf künftige Ausbrüche zu verbessern (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).



Informationen zum Projekt ANTIGONE:

<http://europa.eu./rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/958&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Informationen der GD SANCO zum EHEC-Ausbruch:

http://ec.europa.eu/food/food/coli_outbreak_germany_en.htm

KOMMISSION SCHLÄGT VORÜBERGEHENDE VERRINGERUNG DER NATIONALEN KOFINANZIERUNGSSÄTZE FÜR DEN EINSATZ VON EU-FONDS IN WIRTSCHAFTLICHEN KRISENSTAATEN VOR

Die Kommission hat am 01.08.2011 eine Änderung der Strukturfondsverordnung (EG) Nr. 1083/2006 vorgeschlagen, die eine vorübergehende Senkung der nationalen Kofinanzierungssätze für die wirtschaftlich besonders angeschlagenen Mitgliedstaaten Griechenland, Irland, Portugal, Rumänien, Lettland und Ungarn erlaubt. Der EU-Finanzierungssatz soll von der regulär geltenden Höchstgrenze von 85 % auf bis zu 95 % aufgestockt und die ergänzende nationale Kofinanzierungsrate entsprechend abgesenkt werden. Gemeinsames Merkmal dieser Staaten ist, dass sie derzeit über einen Finanzhilfemechanismus der EU Stabilisierungskredite erhalten. Der Vorschlag zielt nicht auf die Bereitstellung zusätzlicher EU-Mittel, vielmehr sollen bereits gebundene Mittel besser aufgenommen werden können. Projekte in diesen Staaten, die deren Wettbewerbsfähigkeit verbessern helfen und der Wirtschaft zu Gute kommen, sollen nicht daran scheitern, dass wegen Haushaltsnotlagen die im Normalfall geforderte nationale Kofinanzierung nicht sichergestellt werden kann (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

EFSA BEWERTET SECHSTE REIHE GESUNDHEITSBEZOGENER ANGABEN ÜBER LEBENSMITTEL

Am 28.07.2011 hat die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) die sechste Reihe wissenschaftlicher Bewertungen von 35 gesundheitsbezogenen Angaben über Lebensmittel, sogenannte „health claims“, veröffentlicht. Damit sind nach dreijähriger Prüfungsdauer 2.758 Angaben zu nichtpflanzlichen Stoffen von insgesamt 4.637 zu überprüfenden Aussagen über Lebensmittel wissenschaftlich begutachtet worden. Im Folgenden erstellt die Kommission in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten die Positivliste der zulässigen gesundheitsbezogenen Angaben für nichtpflanzliche Substanzen nach Art. 13 der sogenannten „Health-Claims-Verordnung“ (Verord-



nung (EG) Nr. 1924/2006), mit denen Lebensmittelunternehmer ihre Produkte in der EU künftig bewerben dürfen (s. EB 14/11). Ein entsprechender Verordnungsentwurf soll bis Jahresende vorgelegt werden (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

<http://www.efsa.europa.eu/de/press/news/110728.htm>

EUGH LEGT BEDINGUNGEN FÜR NATIONALE GVO-ANBAUVERBOTE FEST

Am 08.09.2011 hat der EuGH im Rahmen der Klage der Firma Monsanto SAS und anderer Saatguthersteller gegen den Conseil d'État (Frankreich) auf Aufhebung des französischen Anbauverbots für die genetisch veränderte Maislinie MON 810 geurteilt, dass das bestehende Verbot auf einer falschen Rechtsgrundlage erlassen wurde. In seinem Urteil stellte der EuGH fest, dass nationale Anbauverbote als Sofortmaßnahme auf Grundlage der Verordnung Nr. 1829/2003 zu erlassen seien. Hierfür legte der EuGH aber enge Grenzen bzw. hohe Anforderungen fest. So müssen die Mitgliedstaaten u. a. begründen, dass eine Situation vorliegt, in der ein erhebliches Risiko bestehen kann, dass die Gesundheit von Mensch oder Tier oder die Umwelt offensichtlich gefährdet wird (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2011-09/cp110086de.pdf>

ELEKTRONISCHE KENNZEICHNUNG VON RINDERN FÜR MEHR LEBENSMITTELSICHERHEIT UND TIERGESUNDHEIT

Am 30.08.2011 hat die Kommission zwei Gesetzgebungsvorschläge veröffentlicht, mit denen europaweit die elektronische Kennzeichnung (EID) von Rindern auf freiwilliger Basis eingeführt werden soll. Für die Mitgliedstaaten besteht die Möglichkeit, diese Art der Kennzeichnung auf nationaler Ebene verbindlich vorzuschreiben. Mithilfe der EID sollen letztendlich mögliche Risiken für die Tiergesundheit und die Lebensmittelkette abgewehrt bzw. bekämpft werden, indem bei einem Krankheitsausbruch infizierte Tiere und deren Fleisch schneller und präziser rückverfolgt werden können. Die Kommission beabsichtigt überdies, den Verwaltungsaufwand gegenüber dem herkömmlichen System zur Kennzeichnung und Registrierung von Rindern zugunsten der Landwirte und Tierhalter zu verringern. Desweiteren soll die Etikettierung von Rindfleisch entbürokratisiert werden. Im Folgenden beraten das EP und



der Rat über das Legislativpaket (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

Gesetzgebungsvorschläge:

[http://eur-](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0524:FIN:DE:PDF)

[lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0524:FIN:DE:PDF](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0524:FIN:DE:PDF)

[http://eur-](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0525:FIN:DE:PDF)

[lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0525:FIN:DE:PDF](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0525:FIN:DE:PDF)

Weitere Informationen zur Rinderkennzeichnung:

http://ec.europa.eu/food/animal/identification/bovine/elec_id_bovine_en.htm

REVISION DER TABAKRICHTLINIE: STARKES INTERESSE, ABER KEIN EINDEUTIGES KONSULTATIONSERGEBNIS

Die Kommission hat am 27.07.2011 das Ergebnis der von ihr im vergangenen Jahr durchgeführten Konsultation zur geplanten Revision der Tabakrichtlinie (s. EB 16/10) veröffentlicht. 96 % der über 85.500 Beiträge stammen von einzelnen Bürgern. Ca. Zweidrittel der Antworten kommen allein aus den Mitgliedstaaten Italien und Polen, die über recht strenge Gesetze zum Schutz der Bürger vor Tabakrauch verfügen (8 % aus Deutschland). Die Kommission beabsichtigt, die Ergebnisse der Befragung in die laufende Folgenabschätzung mit einfließen zu lassen, bei der nicht nur die gesundheitlichen Belange, sondern auch wirtschaftliche und soziale Aspekte berücksichtigt sowie die Machbarkeit und rechtliche Durchführbarkeit der in der Konsultation aufgezeigten Optionen geprüft werden. Der Gesetzgebungsvorschlag, der neben einer weiteren Harmonisierung des Binnenmarktes bezweckt, den Tabakkonsum in der EU, v. a. zum Schutz Jugendlicher zu verringern, wird sich auf die Verpackung, Vermarktung und den Inhalt von Tabakerzeugnissen erstrecken und kann im Laufe des nächsten Jahres erwartet werden (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

http://ec.europa.eu/health/tobacco/docs/consultation_report_en.pdf

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

PLENARTAGUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS (EP) IN STRASSBURG VOM 12. - 15.09.2011: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMAS

In einer Resolution, die das EP am 13.09.2011 während seiner Plenartagung



in Straßburg angenommen hat, betonen die Abgeordneten, dass Frauen, die kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) gründen bzw. leiten, eine bessere finanzielle und pädagogische Unterstützung benötigen. In einer weiteren, ebenfalls nicht-legislativen Entschließung fordert das EP die Mitgliedstaaten dazu auf, Frauen über 50 Jahren zu ermöglichen, auf dem Arbeitsmarkt zu bleiben bzw. in den Arbeitsmarkt zurückzukehren.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0367+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0360+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

KOMMISSION: SPANIEN ERMÄCHTIGT, DIE FREIZÜGIGKEIT RUMÄNISCHER ARBEITNEHMER VORÜBERGEHEND EINZUSCHRÄNKEN

Die Kommission stimmte dem Ersuchen Spaniens zu, wegen einer schwerwiegenden Störung des spanischen Arbeitsmarkts den Zugang rumänischer Arbeitnehmer bis zum 31.12.2012 zu beschränken. Dies teilte die Kommission am 11.08.2011 mit, nachdem die spanischen Behörden zuvor einen entsprechenden Antrag vorgelegt hatten. Gleichzeitig wies die Kommission auf die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf Spanien hin, wo der Einbruch des BIP (-3,9 % zwischen 2008 und 2010) zur EU-weit höchsten Arbeitslosenquote führte. Diese lag nach Angaben der Kommission im Juni 2011 bei 21 % (EU-Durchschnitt: 9,4 %). Die Übergangsregelungen zur Arbeitnehmerfreizügigkeit eröffnen einem Mitgliedstaat die Möglichkeit, wieder Beschränkungen des freien Zugangs zum Arbeitsmarkt einzuführen, wenn er schwerwiegende Störungen seines Arbeitsmarkts erleidet oder voraussieht.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/960&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

EUGH: VERBOT FÜR VERKEHRSPILOTEN, ÜBER DAS VOLLENDETE 60. LEBENSJAHR HINAUS IHRER TÄTIGKEIT NACHZUGEHEN, STELLT DISKRIMINIERUNG DAR

Ein Verbot für Verkehrspiloten, über das vollendete 60. Lebensjahr hinaus ihrer Tätigkeit nachzugehen, stellt eine Diskriminierung wegen des Alters dar. Ab diesem Alter könne zwar das Recht, dieser Tätigkeit nachzugehen, beschränkt werden. Ein vollständiges Verbot gehe aber über das zum Schutz der Flugsicherheit Notwendige hinaus. Zu diesem Schluss kam der EuGH mit seinem



Urteil vom 13.09.2011 (Rechtssache C-447/09).

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2011-09/cp110088de.pdf>

KOMMISSION VERÖFFENTLICHT BERICHT ZUM SCHUTZ MINDERJÄHRIGER IN DER DIGITALEN WELT

Am 13.09.2011 veröffentlichte die Kommission einen Bericht zum Schutz von Minderjährigen in der digitalen Welt, der die Umsetzung der Empfehlungen von 1998 und 2006 zum Jugendschutz in den Mitgliedstaaten evaluieren soll. Laut *Neelie Kroes*, der für die digitale Agenda zuständigen Vizepräsidentin der Kommission, würden bereits Kinder mit den Gefahren der digitalen Welt konfrontiert werden, da sie schon in jungen Jahren viel Zeit im Web verbrachten. Erforderlich sei daher ein europaweit einheitliches Schutzniveau. Besonders Lehrer und Eltern müssten auf die Gefahren in der digitalen Welt aufmerksam gemacht und entsprechend geschult werden. Zum Kommissionsbericht sind noch unter polnischer Präsidentschaft Ratsschlussfolgerungen vorgesehen (s. Beitrag des Geschäftsbereichs IuK- und Medienpolitik in diesem EB).

http://ec.europa.eu/avpolicy/docs/reg/minors/2011_report/report_de.pdf

http://ec.europa.eu/avpolicy/reg/minors/rec/2011_report/index_en.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

KOMMISSION VERÖFFENTLICHT AUFFORDERUNG ZUR EINREICHUNG VON VORSCHLÄGEN FÜR DAS PROGRAMM FÜR LEBENSLANGES LERNEN 2012

Die Kommission hat im Amtsblatt der Europäischen Union eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für das Programm für lebenslanges Lernen 2012 veröffentlicht. Allgemeine Informationen zu dieser Aufforderung sowie die Fristen für die Einreichung von Vorschlägen, die je nach Programmteil variieren, finden sich im Internet unter:

http://ec.europa.eu/education/llp/doc848_de.htm

<http://eur->

lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2011:233:0015:0016:DE:PDF



VIERTE AUSGABE DES EQR-NEWSLETTERS ERSCIENEN

In der vierten Ausgabe des EQR-Newsletters wird über Erfahrungen der Länder Frankreich, Vereinigtes Königreich, Irland und Malta berichtet, die den Referenzierungsprozess ihres jeweiligen nationalen Qualifikationsrahmens mit dem EQR bereits abgeschlossen haben.

http://ec.europa.eu/eqf/newsletter_en.htm

ANMELDUNG ZUM ÜBERSETZUNGSWETTBEWERB „JUVENES TRANSLATORES“

Bis zum 20.10.2011 können sich weiterführende Schulen in ganz Europa für die Teilnahme am Übersetzungswettbewerb „Jvenes Translatores“ 2011 bewerben. Mit diesem Wettbewerb will die Kommission das Interesse von Schülern am Sprachenlernen wecken.

http://ec.europa.eu/translatores/index_de.htm

ERGEBNISSE DER KONSULTATION ZUR ARBEIT DES EUROPÄISCHEN TECHNOLOGIEINSTITUTS

Für das Europäische Technologieinstitut (EIT) hat die Kommission von Mitte April bis Ende Juni 2011 eine öffentliche Konsultation durchgeführt und am 08.09.2011 die Ergebnisse publiziert. Ziel der Konsultation war es, neue Ausgestaltungsmöglichkeiten des EIT auszuloten und einen Anstoß für das Entstehen weiterer Wissens- und Innovationsgemeinschaften (KICs), den für das EIT charakteristischen Forschungsnetzwerken, zu geben. Die etwa 200 Rückmeldungen kamen v. a. aus Forschungs- und Bildungseinrichtungen sowie von Wirtschaftsunternehmen, zu einem geringen Prozentsatz auch von einzelnen Personen. Die Konsultationsergebnisse sind neben einer externen Bewertung sowie einem Strategieentwurf des EIT-Verwaltungsrats eine wichtige Grundlage für die Weiterentwicklung des EIT. Das EIT erfuhr in der Konsultation grundsätzlich eine breite Unterstützung, wobei nahezu ausschließlich die Beibehaltung und der Ausbau des EIT innerhalb des künftigen Forschungsrahmens „Horizon 2020“ gefordert wurden (s. hierzu Beitrag des StMWFK in diesem EB).

Konsultationsergebnisse (auf Englisch):

http://ec.europa.eu/education/eit/eit-consultation_en.htm



Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

PROF. DINGWELL, LMU MÜNCHEN, NEUER GENERALSEKRETÄR DES EUROPEAN RESEARCH COUNCIL

Seit 01.09.2011 ist *Prof. Dr. Donald Bruce Dingwell* neuer Generalsekretär des European Research Council (ERC). Der Deutschkanadier ist einer der weltweit bedeutendsten Vulkanologen und seit Februar 2000 Inhaber des Lehrstuhls für Mineralogie und Petrologie an der LMU München. Nach dem früheren LMU-Professor und Präsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft, *Ernst-Ludwig Winnacker*, der diese Position als erster Generalsekretär des ERC von Januar 2007 - Juni 2009 inne hatte, ist damit erneut ein bayerischer Wissenschaftler in dieses seit Mitte 2010 vakante Amt gewählt worden. *Prof. Dingwells* Amtsperiode dauert bis Dezember 2013.

<http://erc.europa.eu/>

BAYERISCHE WISSENSCHAFTLER 2011 BEI ERC STARTING GRANTS ERFOLGREICH

Am 09.09.2011 hat der Europäische Forschungsrat (European Research Council, ERC) die Verteilung der von ihm vergebenen „Starting Grants“ des laufenden Jahres veröffentlicht. Die ERC Grants – vergeben für Nachwuchswissenschaftler („Starting“) und etablierte Forscher („Advanced“) – sind die Königsdisziplin in der europäischen Forschungsförderung, da sich einzelne Wissenschaftler mit Ihrem Forschungsprojekt individuell bewerben und die Geförderten in einem hochkompetitiven Verfahren rein nach Exzellenz ausgewählt werden. 2011 werden europaweit insgesamt 480 Projekte gefördert, von denen 64 an deutschen und 15 an bayerischen Einrichtungen durchgeführt werden. Bayern ist damit das zweitstärkste Land in der Bundesrepublik, knapp hinter Baden-Württemberg (17), aber schon deutlich vor Nordrhein-Westfalen (zehn). Über ein Fünftel der deutschen Förderungen geht an bayerische Institutionen. 2010 wurde die Förderung 14 Wissenschaftlern an Einrichtungen im Freistaat zuteil – damals der Spitzenplatz unter den Bundesländern. Die TU München ist wie im Vorjahr mit vier Geförderten stärkste Universität in Deutschland.

Komplette Förderstatistik der ERC „Starting Grants“ 2011:

<http://erc.europa.eu/index.cfm>



KONSULTATION ZUM EUROPÄISCHEN FORSCHUNGSRAUM

Am 13.09.2011 hat die Kommission eine Konsultation zur Vorbereitung eines Rahmens für den Europäischen Forschungsraum gestartet. Im Zuge ihrer Strategie „Innovationsunion“ wird die Kommission im Jahr 2012 einen Vorschlag für den angestrebten europäischen Forschungsbinnenmarkt sowie für Begleitmaßnahmen zur Beseitigung von Mobilitätshindernissen und zur Förderung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit vorlegen. Nach einer Entschließung der europäischen Staats- und Regierungschefs vom 04.02.2011 soll der Europäische Forschungsraum bis 2014 umgesetzt sein (s. EB 03/11). Die öffentliche Konsultation läuft über eine Online-Plattform bis zum 30.11.2011.

Konsultations-Website:

http://ec.europa.eu/research/consultations/era/consultation_en.htm

ERGEBNISSE DER KONSULTATION ZUR ARBEIT DES EUROPÄISCHEN TECHNOLOGIEINSTITUTS

Für das Europäische Technologieinstitut (EIT) hat die Kommission von Mitte April bis Ende Juni 2011 eine öffentliche Konsultation durchgeführt und am 08.09.2011 die Ergebnisse publiziert. Ziel der Konsultation war es, neue Gestaltungsmöglichkeiten des EIT auszuloten und einen Anstoß für das Entstehen weiterer Wissens- und Innovationsgemeinschaften (KICs), den für das EIT charakteristischen Forschungsnetzwerken, zu geben. Die etwa 200 Rückmeldungen kamen v. a. aus Forschungs- und Bildungseinrichtungen sowie von Wirtschaftsunternehmen, zu einem geringen Prozentsatz auch von einzelnen Personen. Die Konsultationsergebnisse sind neben einer externen Bewertung sowie einem Strategieentwurf des EIT-Verwaltungsrats eine wichtige Grundlage für die Weiterentwicklung des EIT. Das EIT erfuhr in der Konsultation grundsätzlich eine breite Unterstützung, wobei nahezu ausschließlich die Beibehaltung und der Ausbau des EIT innerhalb des künftigen Forschungsrahmens „Horizon 2020“ gefordert wurden.

Konsultationsergebnisse (auf Englisch):

http://ec.europa.eu/education/eit/eit-consultation_en.htm

EUROPEAN UNIVERSITY ASSOCIATION VERÖFFENTLICHT BERICHT ZUM LEBENSLANGEN LERNEN

Die European University Association (EUA) hat im August 2011 eine Analyse zum Thema lebenslanges Lernen (LLL) an europäischen Universitäten veröf-



fentlicht. In dem Bericht hat die EUA die vielfältigen Faktoren untersucht, die für einen erfolgreichen LLL-Prozess relevant sind, und Empfehlungen für nachhaltige Strategien entwickelt. Zu diesem Zweck wurden die Erfahrungen von 29 Universitäten aus 18 europäischen Staaten – darunter neben EU-Mitgliedern auch Russland, Schweiz und Georgien – ausgewertet. Aus Deutschland hat sich die Universität Lüneburg an der Studie beteiligt.

Der Bericht der EUA im Internet:

http://www.eua.be/pubs/Engaging_in_Lifelong_Learning.pdf

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

EUGH LEGT ZULASSUNGSPFLICHT FÜR HONIG MIT POLLEN AUS GV-MAIS FEST

Am 06.09.2011 hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) im Rahmen der Verwaltungsstreitsache *Bablok* gegen den Freistaat Bayern (C-442/09) geurteilt, dass Honig bereits durch den geringsten Eintrag von Pollen aus gentechnisch verändertem Mais MON 810 einer Zulassung bedarf. Die Richter stellten u. a. fest, dass es sich bei den Pollen aus MON 810-Pflanzen zwar nicht um gentechnisch veränderte Organsimen (GVO) handelt, diese aber in Imkereiprodukten (wie Honig und Pollenprodukten) als Zutat zu behandeln sind, die aus einem GMO hergestellt wurde. Daher ist für diese Produkte eine eigene Zulassung erforderlich, ohne diese sind Honig und Pollenprodukte, die Pollen aus MON 810 enthalten, innerhalb der EU nicht verkehrsfähig.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2011-09/cp110079de.pdf>

EUGH LEGT BEDINGUNGEN FÜR NATIONALE GVO-ANBAUVERBOTE FEST

Am 08.09.2011 hat der EuGH im Rahmen der Klage der Firma Monsanto SAS und anderer Saatguthersteller gegen den Conseil d'Etat (Frankreich) auf Aufhebung des französischen Anbauverbots für die genetisch veränderte Maislinie MON 810 geurteilt, dass das bestehende Verbot auf einer falschen Rechtsgrundlage erlassen wurde. In seinem Urteil stellte der EuGH fest, dass nationale Anbauverbote als Sofortmaßnahme auf Grundlage der Verordnung Nr. 1829/2003 zu erlassen seien. Hierfür legte der EuGH aber enge Grenzen bzw. hohe Anforderungen fest. So müssen die Mitgliedstaaten u. a. begrün-



den, dass eine Situation vorliegt, in der ein erhebliches Risiko bestehen kann, dass die Gesundheit von Mensch oder Tier oder die Umwelt offensichtlich gefährdet wird.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2011-09/cp110086de.pdf>

LEBENS- UND FUTTERMITTEL AUS GV-TIEREN – EFSA STARTET KONSULTATION ZUR RISIKOBEWERTUNG

Am 10.08.2011 hat die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) eine Online-Konsultation über einen "Leitlinienentwurf zur Risikobewertung von aus genetisch veränderten Tieren gewonnenen Lebens- und Futtermitteln sowie zu den damit zusammenhängenden Aspekten der Tiergesundheit und des Tierschutzes" eröffnet. Die EFSA erklärte zur Konsultation, dass zwar bislang in der EU kein Antrag auf die Marktzulassung von gentechnisch veränderten (GV) Tieren gestellt worden sei, doch in den USA bereits die Zulassung eines GV-Lachses geprüft werde. Die EFSA fordert alle Interessengruppen und interessierten Kreise auf, bis zum 30.09.2011 ihre Kommentare zum Leitlinienentwurf abzugeben.

Zur Konsultation:

<http://www.efsa.europa.eu/de/consultations/call/110810.htm>

<http://www.efsa.europa.eu/de/press/news/110810.htm>

MITTEILUNG UND ENTSCHEIDUNGSVORSCHLAG DER KOMMISSION ZUR STÄRKEREN KOORDINIERUNG DER ENERGIEAUSSENPOLITIK

Die Kommission hat am 07.09.2011 ein Paket zu Energieaußenbeziehungen vorgelegt. Es besteht zum einen aus einer Mitteilung zur Energieversorgungssicherheit und internationalen Zusammenarbeit, in der sie eine Gesamtstrategie für die Außenbeziehungen der EU im Energiebereich entwirft. Zum anderen schlägt die Kommission einen Rechtsakt über den Informationsaustausch zwischen Mitgliedstaaten hinsichtlich ihrer internationalen Energieabkommen vor. Er sieht eine gegenseitige Information sowohl über bereits bestehende Abkommen mit Drittstaaten, als auch über Verhandlungen zu neuen Abkommen vor. Die Kommission soll dazu gleichsam als Clearingstelle die Informationen sammeln und dann per Datenbank allen Mitgliedstaaten zur Verfügung stellen. Weitergehend als es der Titel des Vorschlags erahnen lässt, soll sie außerdem auf eigene Initiative hin geplante Abkommen vor der Unter-



zeichnung auf die Vereinbarkeit mit Unionsrecht überprüfen und ihre Unterzeichnung bis zu vier Monate lang auf Eis legen können (s. Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1005&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

BERICHT ÜBER DEN GESUNDHEITZUSTAND VON MÄNNERN IN EUROPA

Am 25.08.2011 hat die Kommission einen Bericht veröffentlicht, der politischen Entscheidungsträgern und interessiertem Gesundheitsfachpersonal einen umfassenden Überblick über den Gesundheitszustand von Männern in den Mitgliedstaaten der EU, den EFTA-Staaten und den drei EU-Beitrittskandidaten (Kroatien, Türkei und Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien) geben soll. Im Vergleich zu Frauen wird Männern sowohl eine höhere Krankheitsanfälligkeit als auch Sterblichkeit attestiert. Die Gesundheitsbedingungen für Männer sind der Auswertung zufolge innerhalb aber auch zwischen den europäischen Ländern sehr unterschiedlich. Der Bericht zeigt die speziellen gesundheitlichen Herausforderungen auf, denen sich alle Männer vermehrt stellen müssen, und benennt als Hauptkrankheiten Krebs- und Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Ziel ist es, darauf aufmerksam zu machen, dass letztendlich viele Erkrankungen als auch vorzeitige Todesfälle vermieden werden könnten. Der Bericht der Kommission bietet demzufolge eine Grundlage für gezielte Maßnahmen.

http://ec.europa.eu/health/population_groups/docs/men_health_report_en.pdf

12 MIO. € MEHR FORSCHUNGSMITTEL ZUR BEKÄMPFUNG NEUER EPIDEMIEN

Den mittlerweile beendeten EHEC-Ausbruch hat die Kommission Anfang August zum Anlass genommen, um das Budget des 7. EU-Forschungsrahmenprogramms (2007 - 2013) für Forschungsarbeiten zu neu auftretenden Epidemien von 170 Mio. € um 12 Mio. € zu erhöhen. Allein für die Erforschung des neuen E. coli-Erregers, der für die Erkrankungen der letzten Wochen verantwortlich war, werden dem grenzüberschreitenden Konsortium ANTIGONE (Anticipating the Global Onset of Novel Epidemics) 2,1 Mio. € zur Verfügung gestellt. Die Forschungsarbeiten beginnen im Herbst und erstrecken sich auch auf andere Bakterien und Viren wie z. B. Ebola, SARS oder



den Erreger des Q-Fiebers. Ziel ist es, mittels eines besseren Verständnisses der Krankheitserreger neue Epidemierisiken zu verhindern bzw. die Reaktion auf künftige Ausbrüche zu verbessern.

Informationen zum Projekt ANTIGONE:

<http://europa.eu./rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/958&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Informationen der GD SANCO zum EHEC-Ausbruch:

http://ec.europa.eu/food/food/coli_outbreak_germany_en.htm

REVISION DER TABAKRICHTLINIE: STARKES INTERESSE, ABER KEIN EINDEUTIGES KONSULTATIONSERGEBNIS

Die Kommission hat am 27.07.2011 das Ergebnis der von ihr im vergangenen Jahr durchgeführten Konsultation zur geplanten Revision der Tabakrichtlinie (EB 16/10) veröffentlicht. 96 % der über 85.500 Beiträge stammen von einzelnen Bürgern. Etwa Zweidrittel der Antworten kommen allein aus den Mitgliedstaaten Italien und Polen, die über recht strenge Gesetze zum Schutz der Bürger vor Tabakrauch verfügen (8 % aus Deutschland). Die Kommission beabsichtigt, die Ergebnisse der Befragung in die laufende Folgenabschätzung mit einfließen zu lassen, bei der nicht nur die gesundheitlichen Belange, sondern auch wirtschaftliche und soziale Aspekte berücksichtigt sowie die Machbarkeit und rechtliche Durchführbarkeit der in der Konsultation aufgezeigten Optionen geprüft werden. Der Gesetzgebungsvorschlag, der neben einer weiteren Harmonisierung des Binnenmarktes bezweckt, den Tabakkonsum in der EU, v. a. zum Schutz Jugendlicher zu verringern, wird sich auf die Verpackung, Vermarktung und den Inhalt von Tabakerzeugnissen erstrecken und kann im Laufe des nächsten Jahres erwartet werden.

http://ec.europa.eu/health/tobacco/docs/consultation_report_en.pdf

EFSA BEWERTET SECHSTE REIHE GESUNDHEITSBEZOGENER ANGABEN ÜBER LEBENSMITTEL

Am 28.07.2011 hat die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) die sechste Reihe wissenschaftlicher Bewertungen von 35 gesundheitsbezogenen Angaben über Lebensmittel, sog. „health claims“, veröffentlicht. Damit sind nach dreijähriger Prüfungsdauer 2.758 Angaben zu nicht-pflanzlichen Stoffen von insgesamt 4.637 zu überprüfenden Aussagen über Lebensmittel wissenschaftlich begutachtet worden. Im Folgenden erstellt die



Kommission in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten die Positivliste der zulässigen gesundheitsbezogenen Angaben für nichtpflanzliche Substanzen nach Art. 13 der sog. „Health-Claims-Verordnung“ (Verordnung (EG) Nr. 1924/2006), mit denen Lebensmittelunternehmer ihre Produkte in der EU künftig bewerben dürfen (s. auch EB 14/11). Ein entsprechender Verordnungsentwurf soll bis Jahresende vorgelegt werden.

<http://www.efsa.europa.eu/de/press/news/110728.htm>

ELEKTRONISCHE KENNZEICHNUNG VON RINDERN FÜR MEHR LEBENSMITTELSICHERHEIT UND TIERGESUNDHEIT

Am 30.08.2011 hat die Kommission zwei Gesetzgebungsvorschläge veröffentlicht, mit denen europaweit die elektronische Kennzeichnung (EID) von Rindern auf freiwilliger Basis eingeführt werden soll. Für die Mitgliedstaaten besteht die Möglichkeit, diese Art der Kennzeichnung auf nationaler Ebene verbindlich vorzuschreiben. Mithilfe der EID sollen letztendlich mögliche Risiken für die Tiergesundheit und die Lebensmittelkette abgewehrt bzw. bekämpft werden, indem bei einem Krankheitsausbruch infizierte Tiere und deren Fleisch schneller und präziser rückverfolgt werden können. Die Kommission beabsichtigt überdies, den Verwaltungsaufwand gegenüber dem herkömmlichen System zur Kennzeichnung und Registrierung von Rindern zugunsten der Landwirte und Tierhalter zu verringern. Desweiteren soll die Etikettierung von Rindfleisch entbürokratisiert werden. Im Folgenden beraten das EP und der Rat über das Legislativpaket.

Gesetzgebungsvorschläge:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0524:FIN:DE:PDF>

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0525:FIN:DE:PDF>

Weitere Informationen zur Rinderkennzeichnung:

http://ec.europa.eu/food/animal/identification/bovine/elec_id_bovine_en.htm



Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

KOMMISSION PRÜFT UMSETZUNG DER RICHTLINIE ÜBER AUDIO-VISUELLE MEDIENDIENSTE IN DEUTSCHLAND UND WEITEREN SIEBEN MITGLIEDSTAATEN

Mit Schreiben vom 01.09.2011 ersuchte die Kommission Deutschland und sieben weitere Mitgliedstaaten (Estland, Lettland, Litauen, Luxemburg, Österreich, Ungarn und Zypern) um Klärung ihrer Ansicht nach offener Fragen in Bezug auf die Umsetzung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (AVMD-Richtlinie 2010/13/EU). Die Umsetzung der Richtlinie war bereits im März 2011 Gegenstand einer ersten Kommissionsbefragung der 16 Mitgliedstaaten, die zu diesem Zeitpunkt schon notifiziert hatten (s. EB 07/11).

Die betroffenen Mitgliedstaaten haben nun zehn Wochen Zeit auf die Fragen, die nach Ansicht der Kommission auf mögliche Probleme der Vereinbarkeit mit europarechtlichen Vorgaben hinweisen, zu antworten. Je nach Mitgliedstaat werden unterschiedliche Themengebiete angesprochen, darunter befinden sich beispielsweise der Jugendschutz, die Förderung europäische Werke, das Herkunftslandprinzip sowie rechtliche Aspekte der audiovisuellen Dienste.

Nähere Informationen:

http://ec.europa.eu/avpolicy/reg/avms/index_en.htm

Die Richtlinie ist abrufbar unter:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2010:095:0001:0024:DE:PDF>

INFORMELLES MINISTERTREFFEN IN BRESLAU: FÜR EINEN BESSEREN ZUGANG ZU EUROPAS KULTURERBE

Zentrales Thema eines informellen Treffens der für Kultur und Audiovisuelles zuständigen Ministerinnen und Minister mit Vizepräsidentin *Androulla Vassiliou*, Kommissarin für Bildung, Kultur, Mehrsprachigkeit und Jugend, sowie *Michel Barnier*, Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen, am 09.09.2011 in Breslau (Polen) war der bessere Zugang zu Europas Kulturerbe. Im Mittelpunkt stand dabei der Ausbau des Onlinezugangs. Erreicht werden soll dieser insbesondere durch nationale Digitalisierungsprogramme zur Verbesserung des Zugangs zu Europas Kultureinrichtungen.

Bericht des Ausschusses der Weisen:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/17&format=H>



[TML&aged=1&language=DE&guiLanguage=en](#)

Homepage Europeana:

<http://www.europeana.eu/portal/>

Programm „Kreatives Europa“:

http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/vassiliou/headlines/news/2011/07/20110711_de.htm

KOMMISSION VERÖFFENTLICHT BERICHT ZUM SCHUTZ MINDERJÄHRIGER IN DER DIGITALEN WELT

Am 13.09.2011 veröffentlichte die Kommission einen Bericht zum Schutz von Minderjährigen in der digitalen Welt, der die Umsetzung der Empfehlungen von 1998 und 2006 zum Jugendschutz in den Mitgliedstaaten evaluieren soll. Laut *Neelie Kroes*, der für die digitale Agenda zuständigen Vizepräsidentin der Kommission, würden bereits Kinder mit den Gefahren der digitalen Welt konfrontiert werden, da sie schon in jungen Jahren viel Zeit im Web verbrächten. Erforderlich sei daher ein europaweit einheitliches Schutzniveau. Besonders Lehrer und Eltern müssten auf die Gefahren in der digitalen Welt aufmerksam gemacht und entsprechend geschult werden. Zum Kommissionsbericht sind noch unter polnischer Präsidentschaft Ratsschlussfolgerungen vorgesehen.

Der Bericht ist abrufbar unter:

http://ec.europa.eu/avpolicy/docs/reg/minors/2011_report/report_de.pdf

Weitere Informationen zum Minderjährigenschutz sind verfügbar unter:

http://ec.europa.eu/avpolicy/reg/minors/rec/2011_report/index_en.htm

EINHEITLICHES NOTRUFSYSTEM FÜR PKWS AB 2015

Am 08.09.2011 hat die Kommission für das kommende Jahr Gesetzesvorschläge zur verpflichtenden Einführung des Autonotrufsystems „eCall“ angekündigt, nachdem die freiwillige Einführung nur schleppend voranging. Obwohl der Einbau des Systems weniger als 100 € kostet, ist es bis jetzt fast nur in Luxusautos vorzufinden. Ziel ist es, dass bis 2015 alle neu produzierten Personen- und Kraftfahrzeuge dieses System, das beim Aufprall eines Kraftfahrzeugs automatisch einen Notruf mit den notwendigen Informationen an die nächste Dienststelle absendet, verwenden.

Weitere Informationen zu eCall:

http://ec.europa.eu/information_society/activities/esafety/ecall/index_en.htm

Vorschläge der Kommission zum eCall-System:



www.ec.europa.eu/ecall

Rede *Kroes* vor EP-Verkehrsausschuss abrufbar unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/11/557&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>